

# Die Gefahren des Osthandels

Autor(en): **Linder, Willy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 2

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161340>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die Gefahren des Osthandels

WILLY LINDER

*Wir stellen in unserer Aprilnummer einen weiteren Aufsatz über den West-Ost-Handel in Aussicht. Mit der Veröffentlichung des nachfolgenden Beitrages beendigen wir die Diskussion über das ganze Problem.*

*Die Redaktion*

«Wir wissen und fühlen mit Sicherheit, daß der Moskowiter, Feind aller Freiheit auf Erden, durch die Anhäufung der Güter, die zur Narva gebracht werden, täglich mächtiger wird — ...er sich mit deren Hilfe stark macht, alle andern zu besiegen... Wir sehen voraus, daß, falls nicht andere Fürsten unsern Rat annehmen, der Moskowiter, aufgeblasen in dem Stolz über die Güter, die zur Narva gebracht werden, und für kriegerische Auseinandersetzungen nun besser gerüstet, mit Kriegsmaschinen und Kriegsschiffen, auf diese Weise die Christenwelt angreifen wird, um alles totzuschlagen oder zu verjagen, was sich ihm widersetzt, was Gott verhüten möge.»

Warnung der polnischen Regierung an das Elisabethanische England des 16. Jahrhunderts, das beträchtliche Warenmengen zum damaligen Zentrum des russischen Auslandsmonopols an die Narvamündung im Golf von Finnland sandte. (Zitiert aus George F. Kennan, «Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin», Stuttgart 1961.)

## *Wirtschaftskrieg?*

Wenn der Versuch unternommen wird, die vielfältigen Erscheinungsformen des Osthandels im Rahmen eines Aufsatzes zu würdigen, so hat man sich vorerst einmal Klarheit darüber zu verschaffen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zu den im Ostblock zusammengeschlossenen Staaten auf den weitem Hintergrund der *integralen Auseinandersetzung* zwischen dem Westen und dem Osten, zwischen den grundsätzlich freiheitlich strukturierten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen und dem Totalitarismus kommunistischer Provenienz, zu projizieren sind. Die Wirtschaftsbeziehungen bilden nur *eine* unter

verschiedenen andern Fronten, an denen sich jenes Ringen um die weltpolitische Vormachtsstellung abspielt, das erfolgreich zu gestalten zur Schicksalsaufgabe unserer Generation schlechthin geworden ist.

Der kalte Krieg hat auch einen kalten Wirtschaftskrieg geboren, der sich in zahlreichen Varianten manifestiert<sup>1</sup>; sein typisches Merkmal besteht im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzung allerdings darin, daß seine taktische und strategische Veranlagung restlos vom Ostblock bestimmt wird, daß es praktisch ausschließlich der Osten ist, der die innerhalb dem Aktionsfeld des «kalten Wirtschaftskrieges» geltenden «Spielregeln» befolgt und daß damit das Gesetz des Handelns völlig in den Händen der roten Machthaber liegt. Man darf heute ohne Übertreibung sagen, daß das *Konzept des gelenkten Osthandels*, vor dem sich zahlreiche Vertreter des freien Unternehmertums schrecken lassen, bereits verwirklicht ist; allerdings liegt der Steuerungsmechanismus ausschließlich im Osten. Die *Entscheidungsfreiheit des Unternehmers*, die in der westlichen Wirtschaftsphilosophie, trotz aller regionalen und sachlichen Differenzierungen, einen umfassenden und globalen Charakter hat, schmilzt im Verkehr mit dem Osten auf die eine Frage zusammen, ob der freie Unternehmer sich den vom Osten entworfenen wirtschaftsstrategischen Richtlinien unterwerfen oder ob er auf wirtschaftliche Kontakte mit dem roten Imperium verzichten will. Eine andere Alternative, die auch den Westen auf eine koordinierte, für die freie Welt wünschenswerte wirtschaftspolitische Verhaltensweise festlegen würde, gibt es vorläufig noch nicht.

Wer sich der Mühe unterzogen hat, die kommunistische Literatur und vor allem die «kommunistischen Klassiker» auf ihre zur Vernichtung der freien Welt postulierten Kampfformen zu studieren, der wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß den *wirtschaftlichen Mitteln* in diesem Ringen eine *bedeutende Rolle* zugewiesen ist. Um so bedauerlicher muß die Tatsache gewertet werden, daß die freie Welt noch nicht die notwendige Kraft gefunden hat, diese wichtige Lücke in der Front gegen die Aggressivität des kommunistischen Totalitarismus zu schließen. Von jenen Kreisen, die die heutigen Formen des Osthandels zu rechtfertigen suchen, wird vielfach geltend gemacht, daß die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus vor allem auf der *geistigen Ebene* zu erfolgen habe; diese Feststellung, die zweifellos nur unterstützt werden kann, müßte allerdings mit dem Hinweis ergänzt werden, daß der Wirkungs-

<sup>1</sup> Robert Loring Allen, «Soviet economic warfare», Washington 1960, Seite 2: «The Soviet Union uses all of its foreign economic policies and relations consistently and exclusively to promote the interests of the Soviet state and the philosophy on which it is founded. Trite as this may seem it remains highly important to bear in mind that no other nation in the world has this posture.» Seite 28: «Economic warfare is defined as the conscious attempt to increase the relative economic, military, and political position of a country through foreign economic relations. Economic warfare serves three principal purposes — economic, political, and military.» Seite 241: «Soviet economic warfare is one of the fundamental ingredients of the cold war.»

grad der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus dann in ganz entscheidendem Maße reduziert wird, wenn sie keine *Sanktionierung durch eine entsprechende Verhaltensweise* erfährt. Ist übrigens das Argument der geistigen Bewältigung des Kommunismus jemals als Ersatz etwa für eine militärische Bereitschaft und Einigung des Westens ins Feld geführt worden, die doch sicherlich ebenfalls keine geringen Opfer fordert? Weshalb soll sie denn auf der wirtschaftlichen Ebene diesen Effekt erbringen können? Deutet die Aufforderung auf einen Rückzug allein in die Sphäre des geistigen Kampfes nicht vielmehr darauf hin, daß der Kommunismus geistig noch nicht bewältigt worden ist?

Der *Tatbestand des Wirtschaftskrieges* ist für die westliche Welt absolut nicht neu. Die Geschichte weiß von zahlreichen Formen der wirtschaftlichen Kriegführung zu berichten; die Geschichte widerspiegelt aber auch die zähe Auseinandersetzung zwischen der Auffassung, der private internationale Handel sei wenn immer möglich von kriegerischen Verwicklungen zwischen den einzelnen Staaten auszunehmen, beziehungsweise die Wirtschaftspolitik sei zur Unterstützung der Waffen einzusetzen. Es kann nicht verwundern, daß sich im Zuge der immer totaleren Kriegführung die zweite Auffassung endgültig durchgesetzt hat und daß es schon bei der Kodifizierung des Kriegsrechtes während der Haager Konferenz vom Jahre 1907 nicht mehr möglich war, das Postulat, den privaten Handel als kriegswirtschaftliches Schongebiet zu erklären, in den Rang eines völkerrechtlichen Grundsatzes zu erheben. Die Zeit des Völkerbundes in den dreißiger Jahren sowie auch die Nachkriegsperiode lehren weiter, daß der Wirtschaftskrieg, nämlich der Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen gegen einen paktbrüchigen Staat, auch «autonom», das heißt nicht nur unter der Voraussetzung des heißen Krieges, ausbrechen kann.

Soweit liegen die entwicklungsgeschichtlichen Linien völlig klar vor uns, und man sollte auf Grund der historischen Erfahrungen nun eigentlich vermuten, daß auch die «Formationen» des kalten Krieges, die sehr rasch nach der Beendigung des letzten Weltkrieges die weltpolitische Bühne beherrschten und die sich von allem Anfang an nicht nur auf den politischen und waffentechnischen Bereich beschränkten, die freie Welt veranlaßt hätten, nach geeigneten Mitteln und Wegen zu sinnen, in welcher Weise sich nun die Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Widerstandskräfte des Westens verwenden ließe. Diese Anstrengung ist, wenn vom amerikanischen Embargo gegenüber China und neuerdings auch gegenüber Kuba abgesehen wird, in einem wirklich ernsthaften Ausmaße nur gerade einmal, nämlich unter der Drohung des Korea-Krieges, unternommen worden. Sie hat bekanntlich zum *Konzept der amerikanischen Embargopolitik* geführt, deren Geschichte allerdings kein Ruhmesblatt für die freie Welt ist; sie trägt vielmehr die Profile eines bisweilen deplorablen Schauspieles, in dem einmal mehr die *Uneinigkeit des Westens* mit aller Deutlichkeit zum Vorschein gekommen ist. Die amerikanische Embargo-

politik hat sich bis heute zur Unwirksamkeit abgeschliffen, und ihr Schicksal mußte die Sowjets in der Überzeugung bestärken, daß die wirtschaftlichen Waffen des Westens sehr rasch stumpf werden; und dies ganz besonders dann, wenn die Sowjets die dazu nötige «Erosionszeit» durch eine taktisch veranlagte und kurzfristig konzipierte Entspannungspolitik abzukürzen verstehen. Abgesehen vom Intermezzo der amerikanischen Embargopolitik hat also die freie Welt an ihren grundsätzlich *apolitischen Außenhandelsbeziehungen* bis heute festgehalten.

### *Freier Handel im Westen — Staatsmonopol im Osten*

Auf welche wirtschaftlichen Gründe, denn nur von diesen soll hier die Rede sein, ist diese erstaunliche Tatsache zurückzuführen? Einmal spielt hier gewiß das Faktum eine Rolle, daß innerhalb der Ordnungsfunktionen der im Westen errichteten Marktwirtschaften die letzte *Verantwortung für die einzelnen wirtschaftlichen Transaktionen beim Unternehmer* liegt; er hat sich zu entscheiden, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaße er seine unternehmerische Aktivität über die Landesgrenzen hinaus ausdehnen soll. Seine rein privatwirtschaftliche Interessenlage liefert ihm jene Kriterien, die er zur Entscheidung dieser Frage benötigt. Und diese Kriterien wiederum, so will es der Mechanismus der Marktwirtschaft, fließen aus rein ökonomischen Überlegungen. Sie sind die Resultante von Rentabilitätsüberlegungen, von Erwartungen über die zukünftige Entwicklung der Ertragslage oder vielleicht auch das Ergebnis eines wagenden dynamischen Unternehmertums. Immer aber steht an der Wurzel einer solchen Verhaltensweise die *ökonomische Ratio*.

Die Tätigkeit verschiedener multilateraler Wirtschaftsorganisationen war weiter im Laufe der Nachkriegszeit dergestalt, daß durch den Abbau jener Hindernisse, die den zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr behindern, die Voraussetzungen für eine Expansion auf die Exportmärkte erleichtert wurde. Diese Politik erfolgte in der Erkenntnis, daß dadurch die *internationale Arbeitsteilung* intensiviert werden kann, was sich wiederum positiv auf den Lebensstandard der am internationalen Handel partizipierenden Länder auswirken muß. Diese Entwicklung erfolgte zudem mit einem — in den einzelnen westlichen Ländern allerdings unterschiedlich ausgebildeten — Mißtrauen gegen eine direkte wirtschaftliche Aktivität des Staates. Man darf somit sagen, daß die Gravitationskräfte der Marktwirtschaft auf eine Freilegung der privatwirtschaftlichen Initiative tendieren, aus der jene Energien fließen, die den Motor des wirtschaftlichen Wachstums speisen und die tendentiell auf eine verstärkte Interdependenz der nationalen Wirtschaften, auf die Ausbildung einer eigentlichen Weltwirtschaft wirken.

Gerade in entgegengesetzter Richtung verlief indessen die *Entwicklung in*

*den Ostblockstaaten.* Seit der Oktoberrevolution und damit seit der Einführung des Außenhandelsmonopols, des Devisenmonopols und des staatlichen Preismonopols sowie der Abschaffung der Privatwirtschaft wurde sukzessive die staatliche Allmacht bis zur Vollkommenheit ausgebaut. Dadurch weiter, daß sich die Bleigewichte der Planwirtschaften auf die Ostblockländer senkten, wurde praktisch die letzte privatwirtschaftliche Bewegungsmöglichkeit und dadurch auch die wirtschaftliche Freiheit im westlichen Sinne beseitigt.

Wer den Strukturelementen der östlichen Planwirtschaften nachgeht, der wird bald zur Erkenntnis kommen, daß die Planwirtschaften, an westlichen Denkkategorien gemessen, eigentliche *kriegswirtschaftliche Züge* tragen; die Ostblockwirtschaften befinden sich heute praktisch völlig im Manövriertfeld des Staates, und der Staat ist jederzeit in der Lage, die Waren- und Geldströme nach seinen Absichten zu steuern. Es dürfte wohl kaum notwendig sein, mit weitausholenden Darlegungen die Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik von der Parteipolitik nachzuweisen. Diese Tatsache kann allein schon daran abgelesen werden, daß es äußerst schwierig ist, in der Sowjetunion den Ort wirtschaftspolitischer Entscheidungen anzugeben, weil zwischen den einzelnen Instanzen der Partei und der Regierung sowohl persönliche wie auch kompetenzmäßige Überschneidungen die Regel darstellen. Das oberste und maßgebendste Organ der sowjetischen Wirtschaftspolitik ist beispielsweise der «Ministerrat der UdSSR»; der Ministerrat ist jedoch direkt dem «Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU» unterstellt. Die führende Persönlichkeit in beiden Instanzen ist Chruschtschew!

Diese enge *Verquickung zwischen der Partei- und der Wirtschaftspolitik* ist bis auf die tiefste Stufe des institutionellen Aufbaues der sowjetischen Wirtschaft, bis hinunter zu den Außenhandelsgesellschaften, den einzelnen Betrieben, die durch die Außenhandelsgesellschaften vertreten werden, festzustellen. Für den Osthandel ist diese Tatsache deshalb nicht ganz unbedeutend, weil die Außenhandelsgesellschaften im roten Imperium als unmittelbare Kontaktstellen zum Auslande auftreten. Es ist somit die Folgerung zu ziehen, daß sich in den ausführenden Organen der sowjetischen Wirtschaftspolitik der *Einfluß der Partei* völlig ungehemmt auswirken kann<sup>2</sup>. Und man darf im Westen auch völlig beruhigt darüber sein, daß die Funktionäre in den Außenhandelsgesellschaften und in den den Konsulaten zugeordneten Handelsvertretungen zufolge einer «zweckmäßigen Personalpolitik» des Außenhandelsministeriums gegen jede bourgeoise Anfälligkeit immun sind. Vereinzelt Betriebsunfälle haben die

<sup>2</sup> Politische Ökonomie (Grundlagenwerk der sowjetischen Wirtschaftspolitik), (Ost-)Berlin 1955, S. 468f.: «Die führende und organisierende Kraft des Sowjetstaates ist die kommunistische Partei, die die Tätigkeit aller staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen lenkt.» Vgl. hierzu auch Wolfgang Förster: «Struktur der Sowjetbetriebe in Theorie und Praxis», Sonderdruck aus: Universitätstage 1961, Marxismus-Leninismus, Geschichte und Gestalt, Berlin 1961.

Zugriffigkeit dieser Instanzen unter Beweis gestellt. Der im Außenhandel eingebaute *Filtriermechanismus* arbeitet offenbar zuverlässig. Jedenfalls hat die heutige Form der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten bisher noch keine ideologische Gefahr für die Sowjetunion und ihre Satelliten entstehen lassen.

Die völlige Abhängigkeit der Wirtschaft vom Staat muß sich aber auch daraus ergeben, daß sich der weitaus größte Teil der wirtschaftlichen Einrichtungen im Besitze des Staates befinden. Die Abhängigkeit ist also schon durch die im Osten herrschende *Eigentumsordnung* präjudiziert, denn sie macht den staatlichen Eingriff in das Wirtschaftsleben nicht nur möglich, sondern sie erfordert ihn geradezu, muß der «Unternehmer Staat» doch darüber befinden, wie sein Unternehmen aufgebaut und betrieben werden soll. Die Eigentumsordnung der Oststaaten hat sich natürlich nicht zufällig so herauskristallisiert, sondern sie ist das Ergebnis der bolschewistischen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption<sup>3</sup>.

Wir stehen mithin im Westen vor dem schlichten Sachverhalt, daß der auf der Stufe des Einzelunternehmens grundsätzlich apolitische westliche Außenhandel der Marktwirtschaften im Verkehr mit dem Osten einem straff organisierten, staatlich monopolisierten Außenhandel gegenübersteht, der seine Verhaltensnormen nach dem «*Gesetz des politischen Ertragswertes*» ausrichtet. Er kann dies tun, weil — wie weiter unten näher ausgeführt werden wird — privatwirtschaftliche Rentabilitätsüberlegungen über Bestand oder Untergang eines östlichen Staatsbetriebes *nicht* entscheiden<sup>4</sup>. Und daraus ergibt sich die paradoxe Situation, daß dem westlichen Unternehmer, der im Verkehr mit der freien Welt nach der ökonomischen Ratio entscheidet, nun plötzlich ein wirtschaftspolitischer Entscheid abgefordert wird, den er eigentlich nach der *politischen Ratio* fällen sollte. Tut er dies nicht und stellt er seine unternehmerischen Entscheidungen weiterhin lediglich unter die wirtschaftlichen Gesetze, so ergibt sich daraus die von den kommunistischen Wirtschaftsstrategen erwartete Lage, daß sich nämlich das freie Unternehmertum des Westens dazu hergibt, im Blick auf die Wahrnehmung einer einzelbetrieblichen, einer rein wirtschaftlichen Erfolgchance die politische Erfolgchance des Ostens zu erhöhen. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage muß es denn auch eher naiv anmuten, wenn im Westen immer wieder das Schlagwort von der *Entpolitisierung des Osthandels* lanciert wird. Es würde dies im Osten eine Umstrukturierung des

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: Günther Wagenlehner: «Das sozialistische Wirtschaftssystem und Karl Marx», Köln/Berlin 1960, S. 21: «Der Sowjetstaat ist nur an seine eigenen Entscheide gebunden. Mithin kann er die ihm durch das Eigentum an Produktionsmitteln verliehene Macht viel intensiver gebrauchen als jeder private Eigentümer von Produktionsmitteln, der seinerseits Rücksicht auf die Konkurrenz der übrigen Produzenten nehmen muß, andererseits die Forderungen seiner gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer nicht übersehen darf.»

<sup>4</sup> Politische Ökonomie, a. a. O., S. 529: «In der sozialistischen Wirtschaft kann es neben rentablen auch zeitweilig unrentable Betriebe geben, ja selbst Betriebe, die mit Verlust arbeiten, aber von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind.»

Außenhandelssystem, das sowohl institutionell wie auch seiner Zielsetzung nach primär auf die politische Linie ausgerichtet ist, erfordern, die nun ganz einfach nicht erwartet werden kann.

*Kennt der Außenhandel keinen Verlierer?*

Wir sehen daraus aber auch, daß die im Westen zirkulierende «These», der Außenhandel kenne keinen Verlierer, weil jeder wirtschaftlichen Leistung eine wirtschaftliche Gegenleistung entsprechen müsse — was übrigens auch im Westen nicht immer zutrifft! —, im Verkehr mit dem Osten keine Gültigkeit mehr haben kann; denn die Maßstäbe, mit denen der Erfolg gemessen wird, sind nicht mehr kongruent: auf der einen Seite steht der Umfang des *politischen Wertzuwachses* im Vordergrund, auf der andern Seite ist die einzelbetriebliche Erfolgchance maßgebend. Die These vom «Außenhandel ohne Verlierer» läßt sich nur unter gewissen Voraussetzungen der Marktwirtschaft rechtfertigen, das heißt unter der Bedingung, daß die Unternehmer ihre wirtschaftlichen Entscheidungen nach ökonomischen Kriterien innerhalb der Bedingungskonstellation einer Marktwirtschaft treffen. Wenn der eine Partner jedoch nach dem politischen Ertragswert der außenwirtschaftlichen Beziehungen Ausschau hält, so wird er gerne bereit sein, seinem rein ökonomisch denkenden Handelspartner den wirtschaftlichen Vorteil zu überlassen, wenn er dafür die Zuwachsrate an politischer Macht um so höher einschätzt; und dies ganz besonders dann, wenn er in seinem Vorgehen durch keine Preis- und Rentabilitätsüberlegungen gehemmt wird. Prof. W. Förster, ein bekannter Spezialist in Ostfragen, kleidete diesen Gedanken an einem Vortrag an der Universität Zürich in die folgenden pointierten Worte:

«Angesichts der totalen Plankonzeption des sowjetischen Systems gibt es per Saldo überhaupt nur solche Ost-West-Geschäfte, die einen einseitigen Nutzen für den Osten haben. Wer die Ausweitung des Osthandels nur unter dem Gesichtswinkel eines momentan vielleicht erzielbaren zusätzlichen Geschäftsgewinnes sieht, ohne die längerfristigen Konsequenzen seines momentanen Nutzens zu bedenken, finanziert seine eigene Liquidierung.»

Ein praktisches Beispiel soll diesen Sachverhalt verdeutlichen; es ist dem Bereiche der streng bilateral gehandhabten *Austausche von Ausstellungen* entnommen. Als im Jahre 1959 die nationale Ausstellung der Vereinigten Staaten in Moskau, die nicht primär der Exportförderung, sondern der Darstellung des amerikanischen Alltags diente, eröffnet worden war, setzte von der Presse und den Staatsorganen der Sowjetunion eine vehemente Anti-Propaganda ein, die einer möglichen Beeinflussung der Bevölkerung durch die Ausstellung vorbeugen und die Glaubhaftigkeit des Ausstellungsgutes in Zweifel ziehen sollte. Die entsprechende Gegenausstellung in New York andererseits, die mit der gebührenden Herausstellung der Sputnik-Erfolge allein der Glorifizierung des Sowjetsystems diente, konnte sich in den Vereinigten Staaten aller vorhande-



nen Werbemittel bedienen, und die Sowjets brachten es sogar fertig, eine amerikanische Public-Relations-Firma in den Dienst ihres Propagandarummels zu stellen; diese Verhältnisse sind auf dem Hintergrund der «Formel von der Reziprozität» zu werten, auf deren Erfüllung die Sowjets immer dann bestehen, wenn sie sich davon einen Vorteil versprechen können.

Den Briten nun, denen der Mißerfolg der Amerikaner bei der Organisation der britischen Moskauausstellung im Jahre 1961 gegenwärtig war, zogen ihre Ausstellung weitgehend als Exportmesse auf, das heißt das Ausstellungsgut wurde auf die bekannten Exportwünsche der Sowjets abgestimmt. Außer den hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Aufträgen für die britische Exportindustrie manifestierte sich der «Erfolg» dieser Ausstellung auch darin, daß das gesamte Ausstellungsgut von rund 2500 Tonnen, darunter modernste Geräte der Maschinenindustrie, der Radartechnik und der Konstruktion von Düsenaggregaten, alles Güter, die einen erheblichen Wert an technischem «Know How» enthielten, von den staatlichen sowjetischen Handelsorganisationen aufgekauft wurde. Demgegenüber stand wiederum die russische Gegenausstellung in London im Zeichen des Weltraumfluges und fand bekanntlich ihren Höhepunkt in einem Empfang, den die englische Königin dem Astronauten Gagarin gewährte. Mit Unterstützung der britischen Regierung stand diese Ausstellung völlig im Zeichen der Koexistenzpropaganda<sup>5</sup>.

Man hat sich im Blick auf die *Messepolitik* zu fragen, welcher Art denn die «ökonomischen Potenzen» sind, die den roten Handelsausstellungen zukommen. Auf Grund der Tatsache, daß im Osten sowohl die Einkaufs- wie auch die Verkaufsfunktionen von den staatlichen Außenhandelsgesellschaften übernommen werden, die überdies noch ihre Dispositionen durch die Volkswirtschaftspläne präjudiziert sehen, kann von eigentlichen Handelsmessen kaum mehr die Rede sein; denn sie sind nicht mehr wie in der freien Welt ein Ort, auf dem sich das «anonyme privatwirtschaftliche Angebot und Nachfrage» treffen. Die Markttransparenz ist ja durch die spezifische Außenhandelsorganisation und die Pläne — der Außenhandel ist ein Planelement —, wenn auch nicht vollständig, so doch in den großen Umrissen bereits gegeben. Die Bedeutung der östlichen Messen ist deshalb vielmehr im «politischen Raume» zu beurteilen; es handelt sich bei ihnen vor allem um eine «wirtschaftliche Heerschau», um die *Demonstration der wirtschaftlichen Machtentfaltung*, die nicht nur auf ihre Wirkung im kapitalistischen Auslande abgestimmt ist, sondern auch als *meinungsbildender Faktor für die eigene Bevölkerung* ausgewertet wird. Dieser Funktion der östlichen Messen sollte sich die freie Welt in vermehrtem Maße bewußt werden und sie für ihre eigenen Zwecke auswerten, indem sie bei einem bilateralen Messeaustausch auf der Forderung der Reziprozität be-

<sup>5</sup> Vgl. Reinhold Biskup, «Strategie und Taktik der sowjetischen Koexistenzpolitik auf dem Gebiete des Außenhandels», in: Heft 1, 1961, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln.

harrt und indem sie diese Ausstellungen sowie ihre Beteiligung an östlichen Messen nicht unter das Motto des Handels, sondern unter dasjenige der Information, der Vermittlung von freiheitlichem Gedankengut, der Meinungsbildung in den Oststaaten, stellt.

### *Die politischen Ziele*

Was sind denn nun eigentlich die politischen Ziele, die die Sowjets mit dem Außenhandel erreichen wollen? Sie sollen hier — aus räumlichen Gründen — nur summarisch aufgezählt werden. Eine gewisse Schwierigkeit, diese Ziele zu erkennen, ergibt sich allerdings daraus, daß sie sich teilweise scheinbar widersprechen und daß je nach der taktischen Phase von den Sowjets der eine oder andere Programmpunkt mehr in den Vordergrund geschoben wird<sup>6</sup>. Diese scheinbare Widersprüchlichkeit hebt sich jedoch dann auf, wenn die einzelnen Teilziele unter den taktischen und strategischen Aspekten klassifiziert werden.

Einmal ist generell festzuhalten, daß der Machtanspruch, den der Ostblock auf der politischen Bühne unter der Führung der Sowjetunion seit dem Kriegsende für sich beansprucht, sein wirtschaftliches Spiegelbild in einem möglichst raschen und *umfassenden Ausbau des wirtschaftlichen Potentials* haben muß<sup>7</sup>; Machtpolitik läßt sich — das hatte schon Lenin erkannt — nur treiben, wenn sie auf ein solides und tragfähiges wirtschaftliches Fundament abgestützt werden kann. Ein Element, die wirtschaftliche Unterbauung zu verstärken, ist der Außenhandel.

Der «Außenhandel als Entwicklungshilfe» läßt sich an außerordentlich zahlreichen Stellen der kommunistischen Literatur, des kommunistischen Quellenmaterials, nachweisen. Die neueste Äußerung eines prominenten Kommunisten, der die Gültigkeit dieser These bestätigt, stammt von Mikojan, dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, der am XXII. Parteitag vom Jahre 1961 feststellte: «Der Außenhandel muß weitgehend als Faktor der Einsparung der laufenden Produktionskosten und Investitionen zur Beschleunigung der Entwicklung der entsprechenden Zweige genutzt werden<sup>8</sup>»; er ergänzte damit seine Ausführungen vom XVIII. Parteikongreß, wo er unter anderm festhielt: «Unser Land ist jetzt wirtschaftlich so stark, daß es mehr oder weniger seine Bedürfnisse ohne Importe befriedigen kann; der größte Teil der Waren wird eingeführt, um die Entwicklung gewisser Industrien zu beschleunigen und schneller zu entwickeln, als es uns jetzt schon aus eigenen Mitteln möglich wäre!» In ähnlichem Sinne äußerte sich

<sup>6</sup> Vgl. hierzu etwa: R. L. Allen, a. a. O., S. 46ff. und 50ff.

<sup>7</sup> Hierzu: Fritz Schenk, «Magie der Planwirtschaft», Köln/Düsseldorf 1960, S. 240ff.

<sup>8</sup> Pravda vom 22. 10. 1961, S. 8.

verschiedentlich Chruschtschew<sup>9</sup>. Auch ohne die «freimütigen Geständnisse» der roten Machthaber spiegelt sich diese Tatsache vollumfänglich in der Zusammensetzung der Exporte der Industriestaaten der freien Welt nach dem Osten, die zumeist ein sehr ausgeprägtes Entwicklungspotential beinhalten und zweifellos einen *Spitzenbedarf* der Ostblockstaaten befriedigen.

Es handelt sich dabei um ein altes Postulat, ist doch schon in einer Resolution des Zentralkomitees vom Oktober 1927 nachzulesen, daß der Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern nur insoweit zu tolerieren sei, als hierdurch die Wirtschaftskraft und der sozialistische Aufbau der Sowjetunion gestärkt würde und ihre Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt zunehme. Und auch im Lehrbuch der «Politischen Ökonomie», der wirtschaftspolitischen Fibel der Kommunisten, wird der Außenhandel lediglich als eine «zeitweise zusätzliche Hilfsquelle», die der Entwicklung der Produktion und der Verbesserung der Konsumgüterversorgung (!) diene, gedeutet.

Der forcierte wirtschaftliche Aufbau des Ostens hat zur Konzeption der sogenannten *industriellen Schwerpunktbildung* geführt, das heißt der selektiven Förderung einzelner Wirtschaftszweige — natürlich vor allem im Bereiche der Schwerindustrie und der Waffentechnik —, und zwar ohne Rücksicht auf die dazu notwendigen Aufwendungen; diese Anstrengungen werden zudem auf dem Rücken der Konsumgüterindustrien vorangetrieben<sup>10</sup>. Die Politik der industriellen Schwerpunktbildung hat andererseits den Nachteil, daß sie zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren zu bisweilen erheblichen *Entwicklungsunterschieden* führt. Es braucht absolut keine große Phantasie, um aus der Struktur der westlichen Exporte nach dem Osten zu erkennen, daß sie für den Osten ein bequemes Mittel sind, die Entwicklungsabstände zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen ohne eigene Entwicklungsanstrengungen zu verkürzen.

Es gehört zum «Aspekt des Entwicklungszieles» weiter der Hinweis, daß der Ostblock versucht, zur schnelleren Verwirklichung dieses Programmpunktes die den Botschaften zugeordneten Handelsvertretungen mit dem *Status der politischen Immunität* zu versehen und seine wirtschaftlichen Beziehungen auf der Ebene von *Regierungsabkommen* zu verankern<sup>11</sup>. Damit wird natürlich die

<sup>9</sup> Vgl. hierzu etwa: Peter Knirsch, «Lage und Entwicklungsziele der Sowjetwirtschaft nach dem XXII. Parteitag 1961», Bericht des Ost-Europa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Heft 52, Berlin 1962.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu das umfassende Werk von Prof. Karl Krüger, «Der Ostblock», die Produktion des östlichen Wirtschaftsblocks nach dem Schwerpunktprogramm, Berlin 1960.

<sup>11</sup> Symptomatisch war in dieser Beziehung die Rede von Julius Balkow, Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, an der Eröffnung der diesjährigen Leipziger Frühjahrmesse: «Ich möchte hervorheben, daß sich die Richtigkeit unserer Ansicht über die Zweckmäßigkeit des Abschlusses von Regierungsvereinbarungen im letzten Jahr dadurch bestätigt hat, indem sich der Außenhandel gerade mit jenen Ländern gut entwickelte, die solche Regierungsabkommen abgeschlossen haben.» Vgl. hierzu auch: Wolfgang Klinge, «Im Räderwerk der Sowjet-Planwirtschaft», Pfaffenhofen/Ilm 1957, S. 56ff.

Orientierungsmöglichkeit über das Wirtschaftspotential und die Anknüpfung von Beziehungen mit sympathisierenden Wirtschaftskreisen des Gastlandes erleichtert. Die Chancen der erfolgreichen Durchführung dessen, was man etwa mit dem Namen *Imitationspolitik* bezeichnen könnte, werden ebenfalls erheblich verbessert. Man sollte diesen Aspekt des Osthandels durchaus ernst nehmen, denn es ist weiter auch bekannt, daß das Moskauer Institut für wirtschaftliche und technische Information einen sehr großen Stab von Spezialisten damit beschäftigt, Fachzeitschriften der freien Welt auf ihren wirtschaftlichen Entwicklungsgehalt hin abzusuchen und auszuwerten.

Mit dem Entwicklungsziel ist indessen noch ein weiteres Postulat, nämlich dasjenige der Verwirklichung eines möglichst *autarken Wirtschaftsblocks*, verbunden<sup>12</sup>. Die völlige Loslösung des Ostblocks von den Versorgungsquellen der freien Wirtschaften ist ein Programmpunkt, dem vor allem unter Stalin ziemlich rigoros nachgelebt wurde<sup>13</sup>; er hat neuerdings im Rahmen der Arbeiten des Comecon, das heißt dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der als eigentliches Instrument der östlichen Integrationspolitik angesprochen werden darf, wieder erheblich an Aktualität gewonnen, nachdem er vorübergehend etwas in den Hintergrund geschoben wurde<sup>14</sup>.

Es dürfte deshalb kaum zutreffend sein, wenn die amerikanische Embargopolitik mit dem Argument kritisch apostrophiert wird, sie habe die Sowjetunion zur verstärkten wirtschaftlichen Entwicklung angetrieben, denn die Autarkiehypothese hatte von jeher in der kommunistischen Wirtschaftspolitik eine erhebliche Rolle gespielt. Eher wäre gegenüber der amerikanischen Embargopolitik ins Feld zu führen, daß sie insofern nur ein partiell taugliches Mittel ist, als die planwirtschaftlichen Strategen in der Lage sind, aus den vom Embargo nicht betroffenen Wirtschaftszweigen Produktionsfaktoren in die vom Embargo tangierten Sektoren abzuziehen; durch diesen «Kompensationseffekt» kann eine Embargopolitik — aus verschiedenen Gründen allerdings nur teilweise — unwirksam gemacht werden. Wenn man diesen Effekt der Embargopolitik berücksichtigen wollte, so müßte man — überspitzt formuliert — zur Folgerung kommen, daß selbst Konsumgüter «strategische Waren» darstellen!

Die Autarkiehypothese — ein Element der Strategie — wurde allerdings, und

<sup>12</sup> R. L. Allen, a. a. O., S. 46: «In principle, the Soviet Union continues to pursue this dream of economic self-sufficiency and has generalized it to embrace Eastern Europe to a certain extent.»

<sup>13</sup> Vgl. hierzu: Prof. Bruno Kiesewetter, «Der Ostblock», Außenhandel des östlichen Wirtschaftsblocks einschließlich China, Berlin 1960, S. 14 ff.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu: G. v. Huebbenet, «Die rote Wirtschaft wächst», Aufbau und Entwicklungshilfe des Comecon, Düsseldorf 1960. — Dr. Emil Hoffmann, «Comecon», Der Gemeinsame Markt in Osteuropa, Opladen 1961. — Peter Knirsch, «Fragen der Sowjet-Wirtschaft», in: Ost-Europa, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Stuttgart, Jan./Febr. 1962, Nr. 1/2. — «DDR, 300 Fragen, 300 Antworten», Hg. Ausschuß für Deutsche Einheit, (Ost)Berlin 1961, S. 136 f.

dies besonders in der Nachkriegszeit, durch andere Zielsetzung überschattet, so vor allem von jener, über die *Anknüpfung neuer und die Ausweitung bestehender wirtschaftlichen Kontakte* mit sogenannten politischen Schwerpunktländern — was in den Bereich der Taktik gehört — die politischen Fronten aufzuweichen (Hallsteindoktrin!). Dieses Bemühen geht ebenfalls bis auf Lenin zurück; in der Gegenwart wird es etwa besonders aktiv von Ostdeutschland betrieben. Die offizielle Doktrin, mit der in der DDR die Ausweitung des Handels mit dem «kapitalistischen Weltmarkt» motiviert wird, hat denn auch folgenden Wortlaut:

«Die zielstrebige Ausweitung und Festigung der Handelsbeziehungen mit den Ländern des kapitalistischen Weltmarktes ist eine wichtige Grundlage für die friedliche Koexistenz und gleichzeitig ein Beitrag für die *weitere Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen.*»

Es wurde schon erwähnt, daß der östliche Außenhandel nicht durch preispolitische Überlegungen gehemmt ist, da das in der Sowjetunion bestehende *zwischenbetriebliche Verrechnungssystem* — ein System des zwischenbetrieblichen Finanzausgleichs könnte man es benennen — die Manipulierung *politischer Preise* gestattet. Dies ist der Grund, weshalb es im Osten sinnlos wäre, einzelbetriebliche Rentabilitätsrechnungen nach westlichen Beurteilungsmaßstäben bewerten zu wollen. Für die einzelnen Ostblockstaaten könnte nur eine gesamtwirtschaftliche Rentabilitätsrechnung einen einigermaßen sinnvollen Aussagewert erhalten. Deshalb sind die Ostblockstaaten auch durchaus in der Lage, über «strategische» Preise den von ihnen beabsichtigten politischen Effekt auszulösen.

Es kann hier etwa auf das Beispiel des kubanischen Zuckers hingewiesen oder weiter auch das besonders augenfällige Beispiel des *russischen Erdöls* angeführt werden. Auf Grund der sowjetischen Handelsstatistik wurde von der schweizerischen Erdöl-Vereinigung berechnet, daß der durchschnittliche Preis pro Tonne russischen Rohöls für die kommunistischen Länder auf 94,7 Rubel, für die außerhalb dem Ostblock stehenden Länder jedoch auf 49,1 Rubel angesetzt ist! Für die Fertigprodukte — Heizöl, Benzin usw. — lauten die entsprechenden Zahlen: 163,5 Rubel für die kommunistischen Gebiete und 75 Rubel für die übrigen Länder. Wie verträgt sich übrigens diese Tatsache mit der offiziellen sowjetischen Lehrbuchmeinung über die sozialistische Wirtschaft: «...deshalb kann es bei den Handelsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern keinen Konkurrenzkampf, keinen nichtadäquaten Austausch und auch keine Ausbeutung der einen Länder durch die andern geben<sup>15</sup>»? Hier bietet sich ein typisches Beispiel sowjetischer Preispolitik dar, das natürlich nur deshalb möglich ist, weil im Ostblock durch das Außenhandelsmonopol das inländische vom ausländischen Preisniveau völlig isoliert werden kann. Die rote Preispolitik wird im Lichte der Ziele der sowjetischen Erdöloffensive denn auch durchaus verständlich.

<sup>15</sup> «Ökonomisches Wörterbuch», übersetzt aus dem Russischen, (Ost)Berlin 1961, S. 42.

Wenn man den Versuch unternehmen wollte, die *allgemeine Lehre* aus diesem praktischen Beispiel zu ziehen, so müßte man etwa zu folgender Feststellung gelangen: Den vom Osten propagierten «friedlichen Wettbewerb» auf dem Fichtboden des Außenhandels kann es ganz einfach deshalb nicht geben, weil die Voraussetzungen dafür nicht bestehen, denn die «ökonomischen Spieße», mit denen der wirtschaftliche Kampf ausgetragen wird, sind nicht gleich lang. Die östlichen Außenhandelsgesellschaften, die «ihre» Betriebe vertreten, sind deshalb, weil sie nicht den gleichen wirtschaftlichen Gesetzen wie der freie Unternehmer unterliegen, im Preissektor — nicht jedoch bezüglich der Qualität der angebotenen Produkte — wesentlich mobiler. Überall dort also, wo der Erfolg in der konkurrenzwirtschaftlichen Auseinandersetzung mehr durch das Element des Preises, denn durch dasjenige der Qualität bestimmt wird, ist das östliche Außenhandelssystem im Wettbewerb der Marktwirtschaft potentiell überlegen.

Dieser Mechanismus «spielt» aber auch in umgekehrter Richtung. Die größere Beweglichkeit der östlichen Außenhandelsgesellschaften setzt sie nicht nur in den Stand, jene westlichen Güter, die sie «unbedingt» erwerben wollen, durch die Bezahlung eines entsprechenden Preises in ihren Besitz zu bringen, sondern auch das «billigste westliche Angebot» eines bestimmten Gutes über die Institution des von ihnen so verachteten Wettbewerbs ausfindig zu machen. Wer an der letzten Leipziger Frühjahrsmesse sozusagen im praktischen Anschauungsunterricht beobachten konnte, mit welcher zynischer Verachtung östliche Wirtschaftspolitiker die rein wettbewerbspolitisch motivierte Verhaltensweise mancher westlicher Unternehmer «begutachtet» haben, in welchem Maße sie sich in ihrem kommunistischen Zerrbild vom freien Unternehmer bestärkt fühlten, der wird wohl kaum behaupten können, die freie Welt biete mit ihrer gegenwärtigen Verhaltensweise gegenüber dem Osthandel ein sehr erhebendes Schauspiel. Es gilt auch für die Wirtschaft, was im Bereiche der Politik längst Allgemeingültigkeit erlangt hat: Nur wenn der Westen bereit und stark genug ist, im Verkehr mit dem Osten *Bedingungen* zu stellen, und zwar Bedingungen, die der Stärkung des westlichen Lagers dienen, kann er darauf hoffen, den *Respekt* der östlichen Potentaten zu gewinnen.

Aus der östlichen Preispolitik, besonders gegenüber den Ostblockstaaten, ist aber noch ein weiteres ersichtlich: Die Mobilität der planwirtschaftlichen Preispolitik auf den Außenmärkten gestattet es der Sowjetunion, dort, wo sie außenhandelspolitisch verankert ist und damit sowohl die politische wie auch die ökonomische Abhängigkeit des Partners hergestellt hat, die «Terms of Trade» zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Handelsbilanzverhältnisse der Sowjetunion gegenüber ihren Satelliten sprechen hier eine deutliche Sprache!

Das Beispiel des Erdöls läßt weiter erkennen, daß die Sowjetunion — wie auch bei zahlreichen andern Produkten — ihre «brüderliche Hilfe» an die Satellitenstaaten durch Verrechnung von Preisen unter Beweis stellt, die we-

sentlich über dem Niveau liegen, das für die kapitalistischen Länder gilt. Durch diese Politik schimmert nun ebenfalls ein Prinzip, daß nämlich die Autarkietheorie im Laufe der Nachkriegszeit insofern in ein *positives Aktionsprogramm* umbogen wurde, als nun versucht wird, dort, wo dies politisch opportun und möglich scheint, *andere Länder über den Außenhandel an die rote Kandare zu legen*. Man könnte hier beispielsweise an Finnland, Österreich oder Island erinnern; aber in geradezu klassischer Weise wird diese Abhängigkeitspolitik im Ostblock selbst vorgeführt. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die «Gefahrschwelle» einer wirtschaftlichen Abhängigkeit für die meisten westlichen Industrieländer noch nicht gegeben ist; es gilt aber trotzdem, dieses Gefahrenmoment zu erkennen und es als *eine* Dimension ins Kräftefeld der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten einzusetzen.

Daß diese Abhängigkeit, wenn sie einmal etabliert ist, in völlig unsentimentaler Weise als politisches Druckmittel ausgewertet wird, ist ebenfalls längst bekannt. Dort, wo der Osthandel in einem gewissen Umfange fest installiert ist, entsteht auch vielfach jenes Klima, in dem die Sumpfpflanze der Korruption blüht. In Österreich ist es beispielsweise den Kommunisten bereits gelungen, kommunistisch beherrschte Unternehmen in verschiedenen Sektoren in die Handelsketten einzugliedern. Sie haben es verstanden, mit Hilfe des Ostens, aber auch mit Unterstützung der sorglosen, apolitischen Haltung weiter Kreise des österreichischen Wirtschaftslebens, eigentliche Monopolstellungen aufzubauen; und es ist auch längst kein Geheimnis mehr, daß diese Firmen namhafte Beträge aus dem Osthandel in die Kassen der kommunistischen Parteien fließen lassen. Dr. Gredler, ein angesehenes österreichisches Parlamentsmitglied, stellte anläßlich der letztjährigen Budgetdebatte im österreichischen Nationalrat dazu fest, daß an der Existenz dieser skandalösen Zustände die Gilde jener schuld sei, die Lenin, wenig höflich, als die «nützlichen Idioten» bezeichnet habe! Österreich steht indessen als Experimentierfeld für die finanzielle Fruktifizierung des Osthandels zugunsten der kommunistischen Parteien keineswegs vereinzelt da!

Weiter reagiert der Osthandel auf die Bedürfnisse der östlichen Planwirtschaften, und zwar in einer doppelten Hinsicht. Einmal nämlich auf jenen Zeitpunkt hin, an dem im Osten die Meldungen über die *Planerfüllungszahlen* fällig werden; es wird nicht selten versucht, die Planerfüllungszahlen mit Hilfe westlicher Lieferungen aufzupolieren; denn es ist den Sowjets bis heute noch nicht gelungen, trotzdem das «große Basteln» nun schon vier Jahrzehnte anhält, eine zufriedenstellend arbeitende Planwirtschaft aufzubauen. Letztlich resultieren die Defekte der Planwirtschaft einfach aus der Unmöglichkeit, Rohstoffbeschaffung, Produktion und Verteilung in einem Raume von der Größenordnung des Ostblocks in die Form von planwirtschaftlichen Anordnungen zu gießen. Paradoxe Weise ist es nun wiederum der Westen, der dem Osten hilft, diesen planwirtschaftlichen Über- und Unterdruck auszugleichen, womit

die Fiktion unterstützt wird, daß das Räderwerk der Planwirtschaft wenigstens einigermaßen arbeite. Und endlich hat sich der westliche Unternehmer auch bewußt zu sein, daß der Außenhandel des Ostblocks eine parteipolitisch gesteuerte Plangröße ist, die die Bedürfnisstruktur der Bevölkerung nicht reflektiert; er befindet sich also nicht «im Markte», sondern erfüllt lediglich die Dispositionen der Planungsbehörden<sup>16</sup>.

Es wird im Westen immer wieder geltend gemacht, daß der Osthandel dazu beitrage, den *Lebensstandard der Ostbevölkerung* zu heben und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Satellitenstaaten von der Sowjetunion zu verringern. Dazu wäre einmal zu bemerken, daß der Osten mindestens heute noch an der Errichtung einer eigentlichen Konsumgüterwirtschaft überhaupt nicht interessiert ist; neben zahlreichen programmatischen Erklärungen roter Machthaber, die diesen Punkt beleuchten, genügt auch ein Blick auf die Zusammensetzung der östlichen Importe sowie auf die Wirtschaftspläne, um zu erkennen, daß die Konsumgüterindustrien nicht zu den Favoriten der östlichen Planungsstrategen gehören.

Wenn man außerdem die letzten wirtschaftspolitischen und politischen Ziele des Ostblocks zur Kenntnis nimmt, so wird man kaum erwarten dürfen, daß er seine knappen Devisenreserven für den Import von westlichen Konsumgütern ausgeben wird<sup>17</sup>. Die — gemessen am westlichen Lebensstandard — noch immer kärgliche Konsumgüterversorgung der Ostblockstaaten ist nicht primär auf die Ineffizienz der Planwirtschaft — obwohl auch sie eine Rolle spielt —, ist nicht in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Ostblockwirtschaften keine höhere Konsumgüterversorgung zulassen würden, sondern ist vor allem die Folge der kommunistischen wirtschaftspolitischen Konzeption, die der *Industrialisierung unter allen Umständen das Primat* zuweist<sup>18</sup>. Die schlechte Konsumgüterversorgung ist die Konsequenz der planwirtschaftlichen Industrialisierungspolitik und damit der Ausdruck einer bestimmten, bewußt herbeigeführten Zielrichtung.

Ein weiterer aufschlußreicher Aspekt dieser Zusammenhänge ergibt sich endlich daraus, daß die Ostblockexporte einen erheblichen Teil an Agrarprodukten enthalten. Soweit diese Exporte zur Beschaffung von Devisen erfolgen, die zur Bezahlung von Investitionsgüterimporten benötigt werden, ist der

<sup>16</sup> Vgl. hierzu: Johannes Rudolph und Gert Friedrich, «Grundriß der Volkswirtschaftsplanung», (Ost)Berlin 1957, S. 407ff.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu: Günther Wagenlehner, a. a. O., S. 117ff. *Problèmes soviétiques*, Revue annuelle, Institut d'études sur l'URSS, No 4, 1961, S. 105. — G. Wedensky, «Der Stand des ‚kapitalen‘ Aufbaues der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie der UdSSR», in: Die sowjetische Wirtschaftspolitik des «steilen Aufstiegs» und deren Fiasko, Ergebnisse der 5. wissenschaftlichen Konferenz des Instituts zur Erforschung der UdSSR, München 1955.

<sup>18</sup> «Soviet Union: How it plans, works, grows», in: *Business Week*, Oct. 28, 1961, S. 66. Hierzu auch: Wolfgang Förster, «Leistungsbefugnisse im Sowjetbetrieb», in: «Ost-Europa, Wirtschaft, Heft 1, Mai 1960.



Osthandel sogar direkt mit einer *Senkung des Lebensstandards* hinter dem Eisernen Vorhang verbunden. Wer könnte unter diesen Umständen im Ernste daran glauben, ein unkoordinierter, ein «atomistisch» geführter Osthandel sei dazu berufen, das Los der geknechteten Völker zu verbessern? Dies wäre in einem wirkungsvollen Ausmaß höchsten im Rahmen einer gezielten, einer auf beabsichtigte Wirkungen ausgerichteten Osthandelspolitik zu erreichen.

Unter dem Titel «Ziele der sowjetischen Wirtschaftspolitik» wäre endlich auch ein Wort über den Wirtschaftsimperalismus des Ostblocks im Gebiete der *Entwicklungsländer*, über den bereits eine umfangreiche Literatur besteht, zu sagen. Indessen muß hier auf die Erörterung dieses Problemkreises verzichtet werden, obwohl er natürlich mannigfache Rückwirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen der freien Industrieländer zum Ostblock aufweist<sup>19</sup>.

### *Außenhandel — meinungsbildender Faktor?*

Mit diesen wenigen Schlaglichtern auf die Topographie des roten Handels wurde versucht, einige *sachliche* Gründe aufzuzählen, die zeigen, daß der Osthandel nicht einfach mit wirtschaftlichen Maßstäben gemessen werden kann, die für den Westen gelten. Ihre unvoreingenommene Prüfung muß zur Erkenntnis führen, daß der unkontrollierte und unkoordinierte Osthandel für die freie Welt eine Reihe von *Gefahren* entstehen läßt, die es zu erkennen gilt; weil sich die aufgezählten Programmpunkte der sowjetischen Wirtschaftspolitik an den tatsächlichen Verhältnissen ohne weiteres verifizieren lassen, also einen realen Bestand der sowjetischen Wirtschaftspolitik darstellen, kann wohl davon Abstand genommen werden, auf einige weniger beweiskräftige Argumente im «Meinungsstreit um den Osthandel» einzutreten. Immerhin soll noch kurz die Frage gestreift werden, ob die Investitionsgüter, die die freie Welt nach dem Osten schickt, als «Künder einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung» einen immateriellen, einen für die Ostvölker meinungsbildenden Wert auszustrahlen vermögen, der für die Stärkung der freien Welt höher zu veranschlagen ist, als etwa der ganz reale wirtschaftliche Entwicklungswert dieser Güter für die Ostblockwirtschaften.

Es scheint wenig wahrscheinlich, daß beispielsweise eine Rotationsmaschine — deren Lieferung sicherlich keine militärpolitische Schwächung der freien Welt bedeutet, aber immerhin nur schwer mit dem Konzept dessen in Übereinstimmung zu bringen ist, was man in der Schweiz die «geistige Landesverteidigung» zu nennen pflegt — oder etwa eine Stahlplatte aus einem west-

<sup>19</sup> Vgl. hierzu etwa als neuere Publikation: A. Kodachenko, «An important form of economic co-operation», in: *International Affairs, Soviet Society for the popularisation of political and scientific knowledge*, Moskau, Febr. 1962. S. 36ff. — Henry G. Aubrez, «Co-existence», *Economic Challenge and Response*, Washington 1961.

lichen Walzwerk eine «reelle Chance» haben könnten, im Raume der geknechteten Völker des Ostens für das freiheitliche Gedankengut des Westens zu werben! Der «Meinungsbildungskoeffizient» von Rohstoffen und Investitionsgütern dürfte in der Mehrzahl der Fälle lediglich eine infinitesimale Größenordnung aufweisen. Es soll damit keineswegs bestritten werden, daß dem Außenhandel unter bestimmten Voraussetzungen ein meinungsbildender Effekt zukommen kann, so vor allem im Sektor gewisser Konsumgüter, die mit einem größeren Kreis östlicher Konsumenten in Berührung kämen. Gerade diese Wirkung wird aber durch das Außenhandelsmonopol und durch den staatlichen Einzelhandel im Osten verhindert. Jedenfalls kann die heutige Form des Osthandels diese Wirkung nur zufällig und darüber hinaus lediglich in «homöopathischen Dosen» erbringen. Es bedürfte einer eigentlichen *Osthandelsstrategie* der freien Welt, wenn sie diese Wirkung in einem registrierungswürdigen Ausmaße erzielen wollte.

In dieser Beziehung unterscheidet sich der Osthandel prinzipiell von andern — etwa kulturellen oder wissenschaftlichen — Kontaktmöglichkeiten mit dem Osten<sup>20</sup>; in diesen Bereichen ist die Einflußnahme auf die Meinungsbildung hinter dem Eisernen Vorhang grundsätzlich wesentlich positiver zu beurteilen; allerdings müssen auch hier gewisse Spielregeln beachtet werden. Wenn Prof. Max Weber in seiner kleinen Studie über «Die Schweiz und der Osthandel»<sup>21</sup> unter dem Titel «Hinter dem Eisernen Vorhang leben auch Menschen» diesen Aspekt des Osthandels an den Weihnachtspaketen, die jeweils im Dezember zu Millionen nach dem Osten strömen, oder an der Stellung der Glasbläser in Thüringen, die er auf Grund eines Besuches aus der Vornazizeit kennt, abwandelt, so darf doch darauf aufmerksam gemacht werden, daß hier das Problem am untauglichen Objekt demonstriert wird. Denn das vielfältige Spektrum des Osthandels läßt sich wohl kaum am Beispiel der Liebesgabensendungen — die übrigens vom Osten und nicht von der freien Welt diskriminiert und bisweilen zu ziemlich handfesten Geschäften ausgenützt werden! — oder der thüringischen Weihnachtskugeln auf seine grundsätzliche Seite hin beurteilen.

Die Geschichte lehrt, daß ein allzu hohes Vertrauen in den «*Außenhandel als völkerverbindendes Element*» kaum gerechtfertigt ist. Einmal stehen hinter dem Außenhandel immer ganz *reale Interessen* — es müßte einer groben Selbsttäuschung gleichkommen, wenn man die wichtigste Triebfeder des Osthandels zur Bedeutungslosigkeit verkleinern wollte; oder stehen hinter dem Osthandel der freien Welt nur karitative, altruistische oder politische Motive? —, und sodann dürfte man sich im Westen wieder einmal daran erinnern, daß das Außenhandelsvolumen der Alliierten mit Nazi-Deutschland unmittelbar vor

<sup>20</sup> Vgl. hierzu: Richard Reich, «Ostkontakte als geistiges Problem», in NZZ, Nr. 1402 vom 8. April 1962.

<sup>21</sup> Max Weber, «Die Schweiz und der Osthandel», Bern 1962.

Ausbruch des zweiten Weltkrieges am größten war. Endlich ließen sich in diesem Zusammenhang auch einige Gedanken darüber anstellen, weshalb es die Sowjetunion bis heute beharrlich abgelehnt hat, mit der freien Welt in Gespräche über die Förderung des Welthandels einzutreten; das einzige Gremium, in dem Außenhandelsfragen zwischen dem Osten und dem Westen erörtert werden, nämlich die Economic Commission for Europe (ECE) in Genf, war bis heute nicht in der Lage, in dieser Beziehung eine Wendung herbeizuführen.

Schließlich soll in diesem Aufsatz auch nicht näher auf das *statistische Zahlenpiel*, das mit dem Osthandel betrieben wird, eingegangen werden; dieser Aspekt wurde von Prof. Förster in der März-Nummer der «Monatshefte» eingehend beleuchtet. Ob das Osthandelsvolumen, gemessen an den Außenhandelsumsätzen einer Gruppe in dieser Sparte hochspezialisierter Länder 3% oder 4% ausmacht, kann in diesem Falle nicht relevant sein, weil sich mit einer rein quantitativen Denkweise die grundsätzliche Problematik nicht erfassen läßt.

Jeder Schachspieler weiß, daß ein Abtausch von «Offizieren», bei dem er die Qualität einbüßt, seine Position schwächt! Und weshalb wird eigentlich von den «Statistikern» mit so auffallender Zurückhaltung die Tatsache behandelt, daß das westeuropäische Außenhandelsvolumen mit dem Osten dann, wenn es zu den Außenhandelsumsätzen des Ostblocks in Beziehung gesetzt wird, immerhin die Größenordnung von rund 20% erreicht? Darf man behaupten, daß ein Außenhandelsanteil von 20% für den Osten — denn nur auf die Wirkung im Osten kommt es hier an — auch quantitativ «unerheblich» sei?

### *Osthandel — eine Frage der politischen Verantwortung*

Entscheidend kann doch für die freie Welt bei einer Würdigung des Osthandels allein die *Frage der politischen Verantwortung* sein, die entsprechend der Konzeption der Marktwirtschaft und der geltenden «Ordnung» im Osthandel primär im Bereiche der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit «lokalisiert» ist. Es geht — auf die einfachste und gängigste Formel reduziert — um den Tatbestand, ob man dem Westen dereinst wird nachsagen können, er habe sich tatsächlich um die Lieferung jener Stricke gerissen, mit denen nach der heute noch gültigen Zielsetzung der Kommunisten das Bürgertum des Westens aufgehängt werden soll! Die politische Verantwortung der freien Welt beschränkt sich nicht nur auf das «Reservat» der «reinen Politik»; sie ist ein wesentlicher Bestandteil auch der Wirtschaftspolitik! Und es ist kaum zweifelhaft, daß mit dem Osthandel eine «Denaturierung» der politischen Verantwortung parallel geht.

Dem Verfasser dieses Aufsatzes wurde bisweilen der «Vorwurf» gemacht, er wolle nicht zur Kenntnis nehmen, daß der Osthandel anderer Länder das

schweizerische «Engagement» bei weitem übersteige; mit dieser «Kritik» wird offenbar die Auffassung verbunden, daß die Formulierung des eigenen Standpunktes vom Diskussionsgrad im Ausland abhängig gemacht werden müsse. Es ist durchaus richtig, daß — vielleicht mit Ausnahme Westdeutschlands und der Vereinigten Staaten — die Osthandelsproblematik in keinem andern Lande so eingehend diskutiert wurde wie in der Schweiz; kann uns dieses Faktum aber von der politischen Verantwortung in dieser Frage entbinden? Wir halten es vielmehr mit Nationalrat *Willy Bretscher*, der in seinem Artikel «Grundsätzliches zum Osthandel<sup>22</sup>» dazu festgehalten hat: «Die Abwehrreflexe eines gesunden Volkskörpers, der noch die Fähigkeit zur ‚bedingungslosen Entrüstung‘ (Wilhelm Röpke) angesichts der totalitären Unmenschlichkeit besitzt, sind an dieser Bewegung (in der Schweiz) ebenso beteiligt, wie die Regungen eines wachen Bürgersinnes, der vor der eigenen Türe wischen will, bevor er die hygienischen Verhältnisse in der Nachbarschaft untersucht und tadelt.»

Und die Osthandelsdiskussion lediglich als «Verdrängungskomplex» eines im Gehege eingesperrten «zoon politikon», primär als «Wunsch nach der Manifestation einer politischen Gesinnung» ohne Rücksicht auf den Anknüpfungspunkt zu deklarieren, stellt dem an weltpolitischen Fragen interessierten Schweizerbürger nicht eben ein sehr schmeichelhaftes Zeugnis aus! Ist der Osthandel tatsächlich nur als Turnplatz zu betrachten, auf dem der Schweizer sein zurückgestautes Bedürfnis nach politischer Gymnastik abreagieren kann? Dieser Blickwinkel vermag den tatsächlichen Verhältnissen doch kaum gerecht zu werden. Und außerdem könnte darauf hingewiesen werden, daß die Osthandelsproblematik keineswegs von den Schweizern sozusagen entdeckt worden ist. Die einschlägige Literatur, und zwar zum überwiegenden Teil die ausländische, zeigt, daß die ernste Beschäftigung mit diesem Gegenstand nicht allein eine schweizerische «Unart» ist!

#### *Aufbruchstimmung in den Vereinigten Staaten?*

Nicht selten wird von jenen, die ihren Blick in dieser Frage nach dem Ausland richten, auf das «Beispiel Amerika» hingewiesen, wo angeblich die Strahlen der Morgenröte am Horizont des Osthandels zu sehen seien. Das Beispiel scheint deshalb attraktiv gewählt, weil sich die Vereinigten Staaten bisher im Osthandel von allen westlichen Industrieländern wohl am meisten zurückgehalten haben. Ihre Osthandelsquote am gesamten Außenhandelsvolumen beträgt weniger als 1% und der größte Teil davon entfällt auf Polen, das seit dem Amtsantritt Gomulkas im Rahmen der amerikanischen Ostpolitik bekanntlich eine Sonderstellung einnimmt. Amerika verwirklicht gegenüber Polen das, was

<sup>22</sup> NZZ, Nr. 785.

man in den Ansätzen als eine gezielte Osthandelspolitik bezeichnen könnte. Im Bericht des Handelsministers für das 3. Quartal 1961 ist zu lesen, daß die erteilten Lizenzen für Ostexporte im 2. und 3. Quartal um 50% unter dem durchschnittlichen Niveau der vorangegangenen 5 Quartale der Regierung Eisenhower gelegen haben. In dieser Entwicklung spiegle sich, so wird im Bericht ausgeführt, sowohl die *zurückhaltende Politik des Handelsdepartements* wie auch die Rückwirkungen der politischen Ereignisse. Ganz allgemein kann denn auch an den amerikanischen Ausfuhren nach dem Osten der Hitzegrad des politischen Klimas abgelesen werden.

Die Frage des Osthandels wird in den Vereinigten Staaten von maßgebenden Regierungsstellen ebenfalls geprüft. Die Frucht solcher Anstrengungen war unter anderm eine Studie, der sogenannte *Ball-Bericht*, der von einer «Task Force» erstellt wurde, die im Jahre 1960 von Kennedy nach seiner Wahl zum Präsidenten, jedoch vor seiner Inauguration, eingesetzt worden ist. Es ist für diesen Bericht charakteristisch, daß er von der Administration sofort mit dem Siegel «streng geheim» versehen wurde und daß er, mehr als ein Jahr nach seiner Fertigstellung, nur durch Indiskretionen bruchstückweise in die Presse gelangt ist. Es ist zutreffend, daß in diesem Bericht, entsprechend den Teilen, die in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind, eine vollständige Änderung der Wirtschaftspolitik gegenüber dem Osten im Sinne einer Lockerung empfohlen wird. Diese Tatsache wurde bisweilen zum Anlaß genommen, in den Vereinigten Staaten bereits die Anzeichen einer liberaleren Osthandelspolitik zu sehen, hinter dem Ball-Bericht eine eigentliche Aufbruchstimmung in den Vereinigten Staaten zu vermuten.

Trifft diese Interpretation den Kern der Sache? Die im Ball-Bericht enthaltenen Richtlinien entspringen *nicht* einer Geringschätzung der Gefahren des Osthandels, sind, wie sich *Nationalrat Bretscher* ausdrückt<sup>23</sup>, nicht so sehr ein Plädoyer für eine gänzliche «Liberalisierung» des bisher durch die amerikanische Gesetzgebung beschränkten Handelsverkehrs mit dem Sowjetblock als eine — freilich höchst fragmentarische — Ideenskizze über die Möglichkeiten einer «gemeinsamen Strategie» für den Osthandel, die eine Entgiftung ermöglichen würde». Der Bericht spricht sich nämlich dafür aus, den Versuch zu unternehmen, auf dem Boden eines *Code of fair Practices* die Sowjets zu «zwingen», sozusagen über die Akzeptierung der westlichen Außenhandelsgrundsätze den Osthandel, und zwar auch im roten Lager, zu «entpolitisieren»; die Verfasser des Berichtes geben sich beispielsweise der Illusion hin, über ein solches Osthandelskonzept die Verzerrungen der Handelsströme beseitigen zu können, die durch die Existenz des östlichen Außenhandelsmonopols entstehen! Der Ball-Bericht will mithin die «Liberalisierung» als ein Mittel dafür verwenden, den Osthandel sozusagen «in den Griff» zu bekommen, um damit dem Osten wenigstens teilweise das Gesetz des Handelns zu entreißen.

<sup>23</sup> NZZ, Nr. 785 vom 1. März.

Gegenüber der Auffassung, der Ball-Bericht postuliere eine Freigabe des Osthandels im Sinne einer echten Liberalisierung und er sei mithin als Indiz einer Aufbruchstimmung zu werten, liegen die tatsächlichen Verhältnisse nicht nur graduell, sondern prinzipiell anders. Und der Amerika-Korrespondent der NZZ, der diese Frage an Ort und Stelle geprüft hat, schreibt dazu<sup>24</sup>:

«Erhebliches Aufsehen erregte in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht allein die Naivität und der unrealistische Charakter dieser Vorschläge der vom Präsidenten eingesetzten ‚Task Force‘, sondern auch die Tatsache, daß der Vorsitzende und Mitunterzeichner des Berichtes, Georg Ball, inzwischen zum Unterstaatssekretär, dem ein großer Teil der Verantwortung für die Bestimmung der amerikanischen Ostpolitik in Fragen des Osthandels obliegt, aufgerückt ist. Es verdient aber betont zu werden, daß während des seit der Inauguration Kennedys verlaufenen Jahres weder dieser selbst, noch jemand von seinen engeren Mitarbeitern irgendwelche Äußerungen im Sinne des Ball-Berichtes gemacht hat. Von berufener Stelle wird denn auch versichert, daß der Bericht eines Ausschusses, in welchem Ball lediglich als Privatmann den Vorsitz führte, für die gegenwärtige Regierungspolitik auf keinen Fall bestimmend sein kann.»

Es ist weiter auch bekannt, daß die Empfehlungen des Ball-Berichtes bezüglich des Osthandels in der Ausarbeitung der *«Trade Expansion Act»*, die ein Element der handelspolitischen Neuorientierung der Vereinigten Staaten darstellen, keine Berücksichtigung gefunden haben. Und endlich kann in diesem Zusammenhang auch auf eine *«Statement»* des amerikanischen Staatssekretärs vom 25. Oktober letzten Jahres vor dem *«House Select Committee on Export Control»* hingewiesen werden, in dem Rusk mit aller Klarheit die Richtlinien erläuterte, nach denen die amerikanische Lizenzpolitik gegenüber dem Osten ausgerichtet ist. Sie sind generell auf den Gedanken abgestützt, nur solche Exporte nach dem Osten zuzulassen, die nicht in irgendwelcher Weise den Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen, wobei die Sonderstellung Polens und Jugoslawiens genau definiert ist. Rusk spricht sich gegen einen völligen Abbruch der Handelsbeziehungen zum Ostblock aus, aber — und hier liegt der entscheidende Unterschied zu Westeuropa — er betrachtet das tolerierte Handelsvolumen als ein wirtschaftliches Faustpfand, das gegebenenfalls im politischen Kampf verwertet werden kann. Die Vereinigten Staaten praktizieren mithin gegenüber dem Ostblock bereits Regeln, die als Ansatzpunkte einer umfassenderen *wirtschaftspolitischen Strategie* gewertet werden können, so wie sie weiter unten postuliert wird.

Der Ball-Bericht kann mithin als eine wenig bedeutungsvolle Episode in den amerikanischen Anstrengungen, dem Problem des Osthandels beizukommen, gewertet werden.

Ein aufschlußreicherer Stimmungsbarometer ist die Kampagne des republikanischen Senators *Kenneth Keating* (New York), die jedoch ebenfalls kaum irgendwelche tiefergreifenden Folgen zeitigen dürfte. Keating kritisierte auf Grund einer Studienreise, die ihn im Auftrage des Senatsausschusses für innere

<sup>24</sup> NZZ, Nr. 537 vom 11. Februar.

Sicherheit durch Westeuropa führte, nicht nur in heftigen Worten die Osthandelspolitik der amerikanischen Alliierten in Europa, sondern er beklagte auch die mangelnde Einigkeit im westlichen Lager und richtet einen seiner Hauptangriffe gegen die Verletzung der vom COCOM (Coordinating Committee for International Controls) in Paris erlassenen Kontrollbestimmungen durch verschiedene europäische Länder. Er forderte denn auch die Übertragung der Aufgaben des COCOM an die NATO, um damit eine wirksamere Kontrolle der alliierten Lieferungen an den Ostblock sicherstellen zu können.

### *Was kann der Westen tun?*

Auf die Frage: Was kann der Westen tun?, soll zum vornherein mit aller Deutlichkeit betont werden, daß die Forderung auf Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Ostblock das Problem nicht zu lösen vermag, und zwar aus zwei Gründen: einmal fehlen die technischen und politischen Voraussetzungen, um ein wirtschaftliches Gebiet von der Größenordnung des Ostens gegenüber dem Rest der Welt handelspolitisch abriegeln zu können, und sodann würde die freie Welt, wenn sie diesen Weg beschreiten wollte, sich selbst der Möglichkeit begeben, das politische Kapital, das auch für sie im Osthandel enthalten ist, zu aktivieren.

Was der Westen jedoch dringend benötigt, ist eine eigentliche *Osthandelsstrategie*, die Umformung des Osthandels in ein außenpolitisches Faustpfand, seine Eingliederung in die politische Strategie<sup>25</sup>, die Ausarbeitung von handelspolitischen Richtlinien also, die darauf ausgerichtet sind, den Außenhandel gegenüber dem Osten — wie dies der Osten gegenüber dem Westen bereits tut — politisch verwendbar zu machen. Diese Feststellung muß hier deshalb mit aller Deutlichkeit gemacht werden, weil die Osthandelsdiskussion heute vielfach nur unter den beiden Varianten: völliger Abbruch der Beziehungen beziehungsweise Belassung des heutigen Zustandes, geführt wird. Mit einer eigentlichen Osthandelsstrategie würde der Westen auf dem Felde der Handelsbeziehungen lediglich insofern mit den Kommunisten «gleichziehen», als er auf einer höheren Ebene das Prinzip der Reziprozität zur Anwendung brächte. Im Rahmen eines solchen Vorgehens wäre es auch möglich, über gezielte Aktionen, wie dies die Amerikaner im Falle Polens bereits heute in einem gewissen Ausmaß praktizieren, politisch für den Westen wünschenswerte Wirkungen auszulösen. Die Befürchtung Prof. Max Webers<sup>26</sup>, daß ein Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Osten beispielsweise Polen noch stärker an die Sowjetunion binden könnte, wird im Falle einer gezielten Osthandelspolitik ge-

<sup>25</sup> Vgl. hierzu etwa: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft E. V., Heidelberg, Bericht über die 13. Tagung: «Was kann der Westen tun?»

<sup>26</sup> Max Weber, a. a. O., S. 16.

genstandslos; die verschiedenen «Regungen» im Satellitengürtel ließen sich im Gegenteil mit Hilfe koordinierter und gezielter Aktionen weit besser für den Westen auswerten.

Mit diesen Bemerkungen ist aber bereits schon angedeutet, daß das Osthandelsproblem keinen spezifisch schweizerischen Charakter hat, sondern es geht die freie Welt insgesamt an. Das kann andererseits nicht als ausreichender Grund dafür genommen werden, auf eine eigene Standortsbestimmung in dieser Frage zu verzichten. Sie hat im Blick auf die umfassende Problematik des Osthandels zu erfolgen, wie sie vor allem in den Zielen, die dem kommunistischen Außenhandel unterlegt sind, zutage tritt. Eine partielle Betrachtungsweise, die die «gegnerische Position» nicht berücksichtigt, muß sich den Vorwurf der Einseitigkeit gefallen lassen. Die Festlegung der kommunistischen Zielsetzungen an der wirtschaftlichen Front, die sich aus der politischen Stoßrichtung des Ostblocks ableitet, sowie die Analyse des außenhandelspolitischen Apparates im Osten hat nichts mit Defaitismus zu tun, wie dies dem Verfasser dieses Aufsatzes zum Vorwurf gemacht wurde; die Durchleuchtung der kommunistischen Taktik und Strategie muß im Blick auf die Klärung der westlichen Position vielmehr als eine unumgängliche Voraussetzung betrachtet werden oder hat man etwa schon von einem militärischen Führer gehört, der die eigenen Dispositionen unbekümmert um die gegnerischen Aufmarschpläne getroffen hätte?

### *Die schweizerische Position*

In der schweizerischen Diskussion um den Osthandel ist bisweilen einige Verwirrung dadurch entstanden, weil nicht immer mit der gebotenen Konsequenz zwischen der Position des neutralen Staates und derjenigen des Bürgers beziehungsweise der Privatwirtschaft unterschieden wurde. Aus der schweizerischen Neutralitätspolitik folgt für den Bereich der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwingend das *Prinzip der Universalität des Außenhandels*. Der Bund hat diesem Prinzip entsprechend die handelspolitischen Kanäle nach allen Ländern, und zwar unabhängig von ihren politischen Systemen, offen zu halten. Natürlich können die handelsvertraglichen Abmachungen des Bundes für den einzelnen Bürger *keine* unmittelbaren Pflichten begründen, weshalb aus dem staatspolitischen Konzept auch keine moralische Sanktionierung des Osthandels abgeleitet werden darf.

Aus demselben Grunde scheint es auch abwegig, den Osthandel in Verbindung mit den Assoziierungsbestrebungen der Schweiz an die EWG zu bringen. Eine Beeinträchtigung ihrer neutralitätspolitisch motivierten Forderungen könnte nur dann geltend gemacht werden, wenn versucht würde, den Osthandel aus politischen Gründen zu unterbinden; ein solches Vorgehen ist dem



Bunde indessen von keiner Seite zugemutet worden. Die NZZ schreibt in diesem Zusammenhang<sup>27</sup>: «Die These, daß die politische Ablehnung des Osthandels durch den Bürger den Staat kompromittiere, ist im Zusammenhang mit der EWG um so weniger stichhaltig, als ein nach Möglichkeit beschränkter Osthandel unsere Position gegenüber der Wirtschaftsgemeinschaft nur erleichtern kann. Es ist auch nicht in erster Linie der Osthandel, der im Rahmen unserer Forderung nach Aufrechterhaltung der handelspolitischen Autonomie gegenüber der EWG ins Gewicht fällt. Praktisch viel wichtiger ist dabei das Anliegen, keinen politisch bedingten handelspolitischen Aktionen der EWG unterstellt zu werden.»

Bei der Beurteilung des Osthandels vom Blickwinkel der Privatwirtschaft und des einzelnen Bürgers muß nun auf jene unternehmerische Verantwortung zurückgekommen werden, von der in diesem Aufsatz bisher verschiedentlich die Rede war. Denn durch die staatliche Wirtschaftspolitik wird dem einzelnen Bürger und dem Unternehmer der Gewissensentscheid nicht abgenommen; er hat von der schweizerischen Position aus betrachtet solange, als die freie Welt nicht über eine auch für neutrale Länder akzeptable Osthandelspolitik verfügt, unter Berücksichtigung *aller relevanter Faktoren* diesen Entscheid zu fällen<sup>28</sup>. Nur dann, wenn bei der Würdigung des Osthandels der Blick aufs *Ganze* gerichtet wird, wenn also auch jene Elemente mit in die Betrachtung einbezogen werden, die die Zielsetzungen des roten Handels angeben, und wenn weiter die Tatsache in Rechnung gestellt wird, daß der Unternehmer diese Frage nicht allein als «Wirtschaftssubjekt», sondern vor allem als *politisch verantwortlicher Staatsbürger*, als ein wichtiger Treuhänder der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beantwortet, nur dann also, wenn der zum Entscheid Aufgerufene die permanente Konfliktsituation, die durch die Aggressivität des diktatorial regierten roten Einparteienstaates aufrechterhalten wird, zum Ausgangspunkt seiner Urteilsbildung wählt, wird er seiner *Doppelstellung* als Träger der Wirtschaft und der demokratischen Staatsordnung gerecht. Die Kenntnis über das Wesen des totalitären Staates kommunistischer Observanz wird ihn auch davor schützen, die Toleranz gegenüber der heutigen Form des Osthandels mit der Spekulation auf «gewisse Spannungsfelder» innerhalb des Ostblocks zu begründen; es könnte sich dies für die freie Welt als fatale Fehlrechnung erweisen.

<sup>27</sup> NZZ, Nr. 4979 vom 27. Dezember 1961.

<sup>28</sup> Die amerikanische Embargopolitik hat gezeigt, daß eine gemeinsame Handelsstrategie des Westens für die neutralen Länder absolut keine unüberwindlichen Hindernisse entstehen läßt.